



Die Ergänzung der repräsentativen Demokratie – eine Untersuchung anhand der französischen Convention Citoyenne pour le Climat.

Die Arbeit analysiert aus unterschiedlichen Perspektiven die demokratischen Entwicklungen des französischen Verfassungssystems. Anhand aktueller Bezugspunkte werden somit Grundfragen demokratischer Legitimation und Repräsentation, Schwächen des Konzepts der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie sowie Möglichkeiten der Ergänzung dieses Systems insbesondere durch losbasierte, deliberative Elemente untersucht.

Das französische Verfassungsrecht ist für eine solche Untersuchung ein besonders geeigneter Analysegegenstand. Das fragil gewordene, mehr als 200 Jahre alte elektive Repräsentationskonzept in Frankreich wird von fehlendem Vertrauen und mangelnder Effizienz des Regierungssystems erschüttert. Durch diese Schwachstellen profitiert der französische Verfassungsdiskurs von einer Dynamik, die Raum für neue Akteure bietet, die bisher eine Rolle von untergeordneter Relevanz gespielt haben. Dazu gehören die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft und deliberativ agierende Intermediäre; in rechtlich institutionalisierter Form des Conseil économique, social et environnemental, in rechtlich ungeregelter Ausprägung in Form von losbasierten Bürgerräten. Insbesondere durch Ausprägungen der deliberativen Demokratie werden neue Kommunikationsverbindungen zwischen dem als identisch geglaubten Volk und den Repräsentanten geschaffen und grundsätzliche Rechtskonzepte hinterfragt: Elektive Repräsentation konkurriert mit losbasierter Repräsentativität; losbasierte Bürgerräte buhlen um Kompetenzen normativer und kontrollierender Art, die jahrhundertlang vergessen wurden und sowohl die Willens- als auch die Entscheidungsfindung der politischen Verfassungsorgane betreffen; das Gleichgewicht der politischen Verfassungsinstitutionen steht auf dem Prüfstand und die Frage nach der Relevanz von Expertenwissen in der politischen Willensbildung wird diskutiert.

Kein demokratisches Beteiligungsverfahren vermag es, diese Entwicklungen so deutlich herauszustellen wie die Convention Citoyenne pour le Climat (2019-2020). Der französische Bürgerrat zum Klima war ein solcher losbasierter Querschnitt der Gesellschaft, der im Krisenkontext durch den Präsidenten Emmanuel Macron im Anschluss an die Gelbwesten-Proteste und den Grand Débat National initiiert wurde. Die gelosten Bürgerinnen und Bürger hatten die Aufgabe, Vorschläge für Rechtssetzung zu unterbreiten. Emmanuel Macron versprach, diese Vorschläge filterlos umzusetzen.

Am Vorabend des 65. Jahrestags der V. Republik und zu einem Zeitpunkt tiefer sozialer Unzufriedenheit und Spaltung in Frankreich sind die Lehren des bereits abgeschlossenen Experiments und seiner Folgen besonders instruktiv. Sie erlauben es, Perspektiven der französischen Verfassungsentwicklung zu skizzieren und das Verfassungsrecht in seiner Lenkungsfunktion zu verstehen. Die Analyse des Beteiligungsverfahrens der Convention Citoyenne, seiner Hintergründe, Perspektiven und Verstrickungen mit verfassungsrechtlichen Kernfragestellungen erlaubt es auch, deutsch-französische verfassungsrechtliche Besonderheiten hervorzuheben und den deutschen – im Vergleich dazu zurückbleibenden – Verfassungsdiskurs zu demokratischen Ergänzungen zu bereichern.

